

Freisinger Tagblatt

MÜNCHNER MERKUR
DIENSTAG, 19. OKTOBER 2021

★
NR. 242 | € 2,30

Lesen Sie den Merkur digital auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone. Ganz einfach!

merkur.de/epaper

FREISING

Regenbogen am Landratsamt

Der Ober sticht den Unter: Nachdem es der Freisinger Kreisausschuss noch abgelehnt hatte, die Regenbogenfahne an zwei Tagen im Jahr vor dem Landratsamt zu hissen, hat der Kreistag nun dafür votiert. Ab kommenden Jahr wird daher am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo- und Transfeindlichkeit, und zum Christopher Street Day in München das Symbol für Toleranz am Amt zu sehen sein. » LOKALSEITE 1

MÜNCHEN

Weihnachtsgeschäft bedroht

Lieferengpässe lassen den Handel mit Sorge auf das Weihnachtsgeschäft blicken. „Sie sind jetzt das große Thema – und zwar quer durch alle Branchen“, sagt Bernd Ohlmann vom Handelsverband Bayern. Die Nachfrage sei derzeit hoch, „die Menschen wollen sich nach der langen Zeit des Verzichts wieder etwas gönnen“. Doch Zulieferer aus aller Welt kämen seien in Verzug. Dies bekämen auch Münchner Geschäftsleute zu spüren.

SPORT



18 Corona-Fälle beim EHC

Voll erwischt hat es den Eishockey-Club EHC München. 14 Spieler und vier Mitglieder des Betreuerstabs wurden positiv auf das Coronavirus getestet – nach Angaben des EHC waren 16 vollständig und zwei teilgeimpft. Das nächste Spiel (sollte am Mittwoch gegen Mannheim sein) wurde verschoben. Und die letzten Gegner? Der EV Zug hatte gestern einen Positivfall, Augsburg, wo der EHC am Freitag spielte, (noch) keinen. » SEITE 26

WETTER



KULTUR

Kent Nagano kehrt zurück

Für zwei Konzerte mit Werken seines Leib- und Magenkomponisten Olivier Messiaen kehrt Kent Nagano nach München zurück. Der frühere Generalmusikdirektor der Bayerischen Staatsoper stellt außerdem heute Abend im Literaturhaus seine Autobiografie vor. » SEITE 15

POLITIK

Ex-Außenminister Powell tot

Colin Powell wurde als erster Schwarzer US-Außenminister. Seine Amtszeit wurde überschattet von den Kriegen in Afghanistan und im Irak. Sein Werben für den Kampf gegen Iraks damaligen Diktator Saddam Hussein bereute er später. » S. 4



Das olympische Feuer für die Winterspiele in Peking (6. bis 20. Februar) ist in einer Zeremonie an antiker Stätte in Olympia entzündet worden. Dabei kam es zu einer Protestaktion, in der die Menschenrechtsverletzungen Chinas in Tibet und Hongkong angeprangert wurden. Die Polizei stoppte die Aktion. FOTO: DPA

Ampel will 10H-Regel kippen

Neues Windkraftgesetz geplant – Aiwanger für 300 neue Anlagen

München/Berlin – Die mögliche Ampel-Koalition in Berlin will die bayerische Abstandsregel bei der Windkraft aushebeln. Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock kündigte ein Bundesgesetz an, um zwei Prozent der deutschen Landesfläche als Vorrat für den Bau von Windrädern ausweisen zu können. „Es kann nicht sein, dass in einigen Bundesländern massiv ausgebaut wird“, in anderen nicht, sagte Baerbock im

Deutschlandfunk. Es müsse „in jedem Bundesland zukünftig ein fairer Anteil an Windkraft“ gebaut werden. Bayern sei ja „ein starkes Industrieland“.

In Bayern gilt seit 2014 abweichend von anderen Bundesländern die 10H-Regel. Der Bund hatte das durch eine Länderöffnungsklausel möglich gemacht. Sie besagt, dass ein Windrad das Zehnfache seiner Höhe an Abstand zur Wohnbebauung einhalten

muss – bei einem 200 Meter hohen Windrad sind das zwei Kilometer. Die Freien Wähler möchten die Regel gerne kippen, doch ist der Koalitionspartner CSU bislang dagegen. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) äußerte sich gestern trotz Nachfrage nicht dazu, ob er an dieser Linie weiter festhalten will. 10H hat in Bayern den Windradbau faktisch zum Erliegen gebracht. In Bayern gibt es derzeit 1134 Windenergieanlagen. Auch nach Ansicht der Freien Wähler sind das zu wenige. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW) warnte gegenüber unserer Zeitung davor, das Zwei-Prozent-Ziel „auf jedes Bundesland runterzubrechen“. Gleichwohl müssten in Bayern „in den nächsten Jahren“ 300 neue Windräder entstehen. In der Perspektive könne die Zahl der Standorte verdoppelt werden. dwd/dg

» KOMMENTAR/BAYERN

DIE KURIOSE NACHRICHT Mama eingesperrt

Eine Zweijährige hat in Bingen bei Mainz ihre Mutter in einem Zimmer eingesperrt, während in der Küche das Essen auf dem Herd kochte. Die Mutter musste sich ans Fenster stellen und um Hilfe rufen – Spaziergänger alarmierten die Polizei. Schließlich brach die Feuerwehr die Türen auf und verhinderte in der wegen des Essens schon leicht verrauchten Wohnung einen Brand.

„Bild“-Chefredakteur muss gehen

„Privates und Berufliches nicht getrennt“ – Neuerliche Vorwürfe

Berlin – Der Verlag Axel Springer hat „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt mit sofortiger Wirkung von dessen Aufgaben entbunden. Reichelt, einem der einflussreichsten Medienschaffenden der Republik, wird vorgeworfen, Liebesbeziehungen zu Mitarbeiterinnen unterhalten zu haben.

Als Folge von Medienrecherchen habe das Unternehmen in den vergangenen Tagen neue Erkenntnisse über das aktuelle



Julian Reichelt

Verhalten Reichelts gewonnen, teilte der Verlag mit. „Diesen Informationen ist das Unternehmen nachgegangen.“ Rei-

chelt habe auch nach Abschluss des Compliance-Verfahrens im Frühjahr 2021 Privates und Berufliches nicht klar getrennt und dem Vorstand die Unwahrheit gesagt.

Vorwürfe des Machtmissbrauchs standen seit März im Raum, damals wurde von einem halben Dutzend Mitarbeiterinnen berichtet. Reichelt wurde kurze Zeit freigestellt und kehrte nach einer externen Überprüfung zurück. » MEDIEN



Verdienstorden für Gerhard Polt

Warum ihn die Leute lustig finden? „Ich weiß es nicht“, hat Gerhard Polt darauf einmal geantwortet. Vielleicht liegt es daran, dass er die authentischste Kunstfigur ist, die die Kabarett-Szene jemals hatte. Gestern hat Polt den Bayerischen Verdienstorden bekommen. » SEITE 3

Epidemische Lage soll im November auslaufen

Berlin – Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat sich für ein Auslaufen der „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesprochen. Wie ein Sprecher bestätigte, sagte er bei Corona-Beratungen mit den Gesundheitsministern der Länder, angesichts der Impfquote könne die epidemische Lage am 25. November als bundesweite Ausnahmeregelung auslaufen. Sie gibt Bundes- und Landesregierungen Befugnisse, um Corona-Maßnahmen zu erlassen.

Was Spahns Äußerungen konkret bedeuteten, ist noch offen. Unklar ist, ob damit automatisch eine Art „Freedom Day“ mit einem Ende aller Beschränkungen käme – auch etwa der Maskenpflicht in Bussen und Bahnen. Darauf deuteten Äußerungen von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hin. Allerdings ist angesichts steigender Infektionszahlen auch möglich, dass eine neue Rechtsgrundlage etwa für Masken in der Erkältungszeit im Winter erlassen wird. Damit rechnen Gesundheitspolitiker von Union und SPD.

DIE GUTE NACHRICHT Eine Million Bäume

Bayern will gewaltig in seine Streuobstwiesen investieren. Bis 2035 sollen 600 Millionen Euro in den Erhalt der sehr artenreichen Baumbestände fließen. Naturschützer und Politiker haben sich auf einen Pakt geeinigt. Fünf Millionen Streuobstbäume gibt es in Bayern aktuell, eine weitere Million soll gepflanzt werden. Das entspricht einer Fläche von 17 000 Fußballfeldern. » BAYERN

SPD-Chef will doch höhere Erbschaftsteuer

Berlin – Der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans hält Veränderungen bei der Erbschaftsteuer in einer Koalition mit Grünen und FDP für nicht ausgeschlossen. „Wir haben gesagt, dass keine neuen Substanzsteuern eingeführt werden“, sagte Walter-Borjans bei RTL. Das schließt nicht aus, „dass man sich mit denen, die man hat, mal beschäftigt, ob sie in Sachen Aufwand der Erhebung und Ertrag richtig im Lot sind“. Dabei nannte er explizit die Erbschaftsteuer. SPD, Grüne und FDP hatten in ihrem Sondierungspapier Steuererhöhungen abgelehnt, dabei aber nur Einkommen-, Unternehmens- und Mehrwertsteuer explizit genannt. » WIRTSCHAFT

Dieselpreis ist so hoch wie noch nie

München – Diesel ist in Deutschland so teuer wie nie zuvor. Im bundesweiten Tagesschnitt lag der Preis laut ADAC zuletzt bei 1,555 Euro pro Liter. Auch Benzin nähert sich dem Höchststand: Super der Sorte E10 lag im Schnitt bei 1,667 Euro. Ein großer Teil des Kraftstoffpreises sind Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und CO₂-Preis: Bei Diesel macht das derzeit rund 78 Cent pro Liter aus, bei Super 97 bis 98 Cent. Der ADAC warnt davor, die Bevölkerung zu überfordern. Er gehe davon aus, „dass ein noch schneller ansteigender CO₂-Preis vom Tisch ist“, sagte ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand mit Blick auf die Koalitionsgespräche. » WIRTSCHAFT

Rot-Grün-Rot startet in Berlin mit Verhandlungen

Berlin – SPD, Grüne und Linke in Berlin beginnen am Freitag mit ihren Koalitionsverhandlungen. Das teilte die SPD mit. Demnach sind am Mittwoch und Donnerstag zunächst Gespräche geplant. Richtig los geht es mit den Verhandlungen dann am Freitag mit der „Dachgruppe“, die aus Spitzenpolitikern aller drei Parteien besteht. Dieses Gremium soll in den kommenden Wochen regelmäßig zusammenkommen. Dort fallen am Ende auch die Entscheidungen, was in welcher Form im Koalitionsvertrag festgehalten wird. Zu den Plänen gehören mehr Wohnungsbau, eine funktionierende Verwaltung und die Verbeamtung von Lehrern.

Flucht in die Türkei

Letzter Jude verlässt Afghanistan

Kabul/Istanbul – Der letzte verbliebene Jude in Afghanistan hat Medienberichten zufolge sein Land verlassen und ist am Sonntag in Istanbul angekommen, wo er ein Visum für 90 Tage erhalten hat.

Sabolon Simantow hat es als letzter Vertreter der jüdischen Gemeinschaft zu Bekanntheit in Afghanistan gebracht. Er wurde 1959 in Herat geboren. In der westafghanischen Stadt lebten damals noch verhältnismäßig viele Juden. Im Laufe der Jahre nahm ihre Zahl allerdings ab, immer mehr von ihnen wanderten aus. Der Anteil von Muslimen liegt in Afghanistan heute bei 99 Prozent. Simantow lebte bis zuletzt allein in der einzigen Synagoge

Kabuls und wachte über sie. Trotz unruhiger Zeiten wollte er seinen Posten nie aufgeben. „Ich werde diesen Ort nie verlassen“, hatte er im Jahr 2008 bei einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur in Kabul gesagt.

Was ihn nun bewegen hat, aus Afghanistan auszureisen, war zunächst nicht bekannt. Mitte August hatten die militant-islamistischen Taliban die Macht in Afghanistan übernommen. Das Regime der Taliban, die von 1996 bis 2001 schon einmal geherrscht hatten, hatte Simantow als „das Schlimmste“ bezeichnet. Nach Angaben der „Jerusalem Post“ wird Simantow in den nächsten Tagen in Israel erwartet.

Kundenservice
(089) 5306222

